

Union und SPD vertagen Streit:

## Fall Maaßen soll Große Koalition nicht sprengen

BERLIN — Die Parteichefs der Großen Koalition haben ihre Gespräche über die Zukunft des umstrittenen Verfassungsschutz-Präsidenten Hans-Georg Maaßen auf kommenden Dienstag vertagt.

Es sei ein gutes, ernsthaftes Ge-

NÜRNBERG — Vor dem Hintergrund schlechter Umfragewerte für die CSU hat der bayerische Ministerpräsident Markus Söder vor instabilen Verhältnissen im bayerischen Landtag gewarnt.

"Die neuen Umfragen können deshalb einen großen Nutzen bringen, und zwar einen Weckruf – denn wer möchte denn einen Landtag haben, in dem Linkspartei und Rechtsextreme sitzen?", fragte Söder im Nürnberger Presseclub. Angesprochen darauf, ob er die AfD für eine rechtsextreme Partei halte, antwortete Söder: "Die AfD in Bayern ist besonders rechts." Wenn man die Vorfälle in Chemnitz analysiere, dann sehe man, "dass die AfD nun die Maske der Bürgerlichkeit abnimmt. Leute wie Björn Höcke wer-

den zu den dominanten Figuren (...). Da gibt es eine klare Front von der AfD ins Rechtsextreme hinein zu Gruppen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden". Die AfD in Bayern bezeichnete Söder als "Höcke-Vasallen". Um Parteien wie die AfD zu bekämpfen, sei es laut Söder nötig, sich eindeutig von ihr abzugrenzen, Lösungen in der Zuwanderungspolitik zu bieten und die "soziale Symmetrie" im Land zu bewahren.

trie" im Land zu bewähren. "Die aktuellen Umfragen sind für mich ein totaler Ansporn zu kämpfen, damit Bayern nicht ein Modell für eine schwache Demokratie wird", sagte Söder weiter. In dem am Mittwoch veröffentlichten "Bayerntrend" des Bayerischen Rundfunks war die CSU auf nur noch 35 Prozent abgesackt. Mit CSU, Grünen, SPD, Freien Wäh-

lern, AfD, FDP und Linken wären dieser Umfrage zufolge in Zukunft sogar sieben Parteien im Landtag vertreten

sieben Parteien im Landtag vertreten CSU-Chef Horst Seehofer hat unterdessen seine Partei zum Kämpfen aufgerufen. "Jammern hilft nicht weiter", sagte der Bundesinnenminister in einem Interview der Deutschen Presse-Agentur. Auf die Frage, ob die CSU die absolute Mehrheit auf Dauer aufgeben müsse, sagte er: "Nein, natürlich nicht. Das Umfrageergebnis ist schmerzlich, das ist nicht schön – aber daraus kann man keinen Dauertrend ablesen."

Unterdessen kritisiert die frühere Nürnberger CSU-Bürgermeisterin Helen Jungkunz die Asylpolitik ihrer Partei und fordert christlich-soziale Grundwerte ein. So/dpa

(S. 2, 3 und 9)